

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XXIV/42

Bonn, den 3. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
- 2	<u>Vorbild und Mahner</u>	63

Zur Wahl des Bundespräsidenten

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB,
Bundesgeschäftsführer der SPD

3	<u>Neue Initiativen in der Sozialarbeit</u>	47
---	---	----

Schluß mit der Ämterlauferei

Das gute Beispiel von Köln und Trier

- 4a	<u>Leben mit der Trennscheibe?</u>	52
------	------------------------------------	----

Proteste sind kein Ersatz für bessere Schutzvorrichtungen

Von Karl-Heinz Günner

- 6	<u>Hauptursachen sozialer Unruhen</u>	68
-----	---------------------------------------	----

Jeder zweite Spanier hat zwei oder mehr Jobs

Von unserer HD-1-Korrespondenten in Madrid

*

*

Vorbild und Mahner

Zur Wahl des Bundespräsidenten

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB,
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Wahl des Bundespräsidenten steht unmittelbar bevor. Die Bundesversammlung wird entscheiden, wer unser Land und unsere demokratische Entwicklung nach innen und nach außen repräsentiert. Diese Entscheidung muß ernst genommen werden. Der Bundespräsident ist keineswegs nur eine Repräsentationsfigur ohne Entscheidungsbefugnis, sondern für die Bundesrepublik, die ihr Ansehen in der Welt mit sehr viel Geduld erwerben muß, deren Innenpolitik nicht in allen Bereichen ungestört ist, von sehr großer politischer Bedeutung: Als Vorbild und als Mahner. Deshalb kommt es sehr darauf an, wer unsere gesellschaftliche Entwicklung während der kommenden fünf Jahre in seiner Persönlichkeit widerspiegelt.

* Bundesjustizminister Dr. Dr. Gustav Heine mann ist Kandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie hat diesen Mann vorgeschlagen, weil sie Gustav Heine mann als unbeirrbar demokratischen, als einen Politiker von großer Integrität und beispielhafter geistiger Unabhängigkeit erfahren hat. Von ihm wissen wir, daß er aufgrund seiner liberalen Gesinnung, seiner Vorurteilslosigkeit und seiner Toleranz in diesen Jahren, in denen unser Staat und unsere demokratische Entwicklung von vielen - nicht nur von der akademischen Jugend - in Zweifel gezogen wird, der parlamentarischen Demokratie neue Kraft und neue Impulse zu geben vermag.

Weil er Exponent dieser Demokratie und kein Mann konservativer Ausrichtung ist, wird er der kritischen und politisch engagierten Jugend helfen können, ihre Rolle in unserer Zeit und in dieser Gesellschaft zu erkennen.

Um diesen Mann, den wir für den besten Kandidaten für das hohe Amt des Bundespräsidenten halten, der aufgeschlossen für diese Zeit und ihre Notwendigkeiten ist, der durch keinen Makel der Vergangenheit belastet ist und deshalb kein Ziel für desavouierende Attacken aus dem In- und Ausland bietet, hat es in den letzten Wochen heftige Auseinandersetzungen gegeben, die dem Ansehen des Bundespräsidentenamtes geschadet haben. Die Sozialdemokratische Partei hat sehr früh erklärt,

Daß sie ein Beispiel dafür geben wird, wie Kandidaten für das höchste Amt behandelt werden sollen, um dieses Amt nicht in politische Grabenkämpfe hineinzuzerren. Wir haben das Beispiel gegeben. Auf jeden Angriff gegen den Kandidaten der anderen Partei wurde von uns verzichtet.

Daß die rechtsradikalen NPD-Vertreter unserem Kandidaten ihre Stimmen nicht geben werden, ist für uns Sozialdemokraten eine große Beruhigung - und für Gustav Heinemann eine Genugtuung. Er ist von nationalsozialistischer Vergangenheit unbelastet und es ist gut, daß er in keinem Maße von Wahlstimmen der NPD belastet wird.

- * Ausschlaggebend sein werden die Stimmen der Freien Demokraten.
- * Sie sind dem Amt des Bundespräsidenten besonders verpflichtet, weil einer der ihren unser Land in einer Weise repräsentierte, die auch heute noch in der Welt und in unserer Gesellschaft nachwirkt. Nun haben sie sich zu entscheiden zwischen einem Mann des konservativen Beharrrens und einem liberalen Politiker der demokratischen Reform.

Die Aufgaben des Bundespräsidenten sind heute so groß wie 1949. Es geht darum, das noch junge Ansehen unseres Staates zu erhalten und zu vergrößern, das er in der Welt seither gewinnen konnte. Ein Dr. Heinemann als Bundespräsident würde es den Gegnern der Bundesrepublik schwer machen, den Bundespräsidenten zu attackieren, wenn sie die Bundesrepublik hassen. Und es geht darum, viele Spannungen zu lösen, denen wir uns heute in der Bundesrepublik gegenübersehen. Dazu bedürfen wir an der Spitze unseres Staates eines unabhängigen und aufgeschlossenen Demokraten, eines Mannes, auf dessen Stimme auch gehört wird.

Im Jahre 1950 sagte der erste Präsident des Deutschen Bundestages, Hermann E h l e r s , über den damaligen Bundesinnenminister Gustav Heinemann: "Solange dieser Mann Mitglied der Bundesregierung ist, brauchen wir uns um das Schicksal unserer jungen Demokratie nicht zu sorgen." Abgewandelt gilt diese Aussage auch heute: Wenn dieser Mann Bundespräsident wird, brauchen wir uns um die weitere demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft weniger Sorgen zu machen.

+ + +

Neue Initiativen in der Sozialarbeit

Schluß mit der Ämterlauferei

A.G. - Weniger Verwaltung, dafür mehr Hilfe - diesen Wunsch haben mehr oder weniger alle unsere Mitbürger. Das Bundessozialhilfegesetz empfiehlt ausdrücklich eine stärkere Koordinierung der öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege, nicht zuletzt, um ein unnötiges Nebeneinander gleichartiger Dienste zu vermeiden.

In einigen Städten sind neuerdings interessante Ansätze zu verzeichnen. Als Modellfall für den Deutschen Städtebund hat die Stadt Minden ein Amt für Familienhilfe eingerichtet. Sie folgt damit dem Beispiel der Großstadt Köln, die damit sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Das Amt soll immer mehr zu einer "Anlaufstelle" werden, zu der jeder mit seinen Sorgen und Nöten kommen kann, ganz gleich, ob es sich nun um Erziehungs-, Wohnungs- und Ehesorgen oder um besondere Probleme betagter Menschen handelt. Wenn man nicht selbst helfen kann, soll zumindest der richtige Weg zum richtigen Amt oder zu der Stelle bewiesen werden, wo der Hilfesuchende wirklich beraten werden kann. Vor allem soll die Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden wesentlich enger als bisher gestaltet werden. Hier wird also koordiniert und damit eine wirkungsvollere Arbeit aller im fürsorglichen Bereich tätigen Personen erreicht.

Frier, eine kreisfreie Stadt mit 85.000 Einwohnern, erprobt das Modell eines Amtes für soziale Dienste und damit gleichzeitig einer Kombination von Außen- und Innendienst. Denn wenn heute der persönliche Kontakt zwischen Sozialarbeiter und Hilfesuchendem als das wesentliche Element moderner Sozialarbeit erkannt wird, warum soll dann nicht der in Fach Ausgebildete auch die administrative Verantwortung tragen? Warum sollen in der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe Fürsorge und Verwaltung getrennt sein? - Also beides in eine Hand. Und zudem die Arbeit der Familienfürsorge, der Sozialhilfe und der Jugendhilfe ebenfalls in eine Hand als logische Folgerung. Der Einblick in die wirtschaftliche Situation kann gerade bei erzieherischen Fragen ausgewertet werden. Und die Kenntnis der sozialen Familienverhältnisse kommt der Jugendfürsorge nur zugute.

Die Großstadt Köln praktiziert mit Erfolg eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in der Form von Arbeitsgemeinschaften. Dies sind nur einige Beispiele; sicher gibt es auch anderswo ähnliche Ansätze und Bestrebungen.

Daß eine bessere Koordination der Sozial- und Jugendhilfe in einem Fall und die Zusammenarbeit zwischen Öffentlicher und Freier Wohlfahrtspflege auf der anderen Seite auch eine verbesserte gemeinsame Sozialplanung in Bezug auf Einrichtungen der Jugend-, Sozial- und Ehenhilfe mit sich bringen, liegt auf der Hand. Womit einmal mehr der Beweis erbracht wäre, daß die oft getadelte Verwaltung mit Erfolg bürokratische Hemmnisse zu überwinden vermag.

Zusammenarbeit ist fruchtbarer für die Allgemeinheit. Zusammenarbeit ist Grundvoraussetzung einer modernen Sozialarbeit, die personell, methodisch und organisatorisch den Anforderungen entspricht, welche die moderne Industriegesellschaft an uns stellt.

Leben mit der Trennscheibe?

Proteste sind kein Ersatz für bessere Schutzvorrichtungen

Von Karl-Heinz Günter

Deutschlands Taxifahrer sind mit der ihnen verordneten Trennscheibe nicht einverstanden. Seitdem der Einbau einer Trennwand zum Schutze des Lebens der Fahrer Pflicht ist, wird ihre Abschaffung von der Mehrheit der Interessenvertretung der Taxiunternehmer gefordert.

Jeder erinnert sich noch der zahlreichen Fälle, in denen vor einigen Jahren Sternfahrten zu Trauerkundgebungen stattfanden, schwarze Fahnen wehten und am Grab der ermordeten Fahrer die Todesstrafe für Mordmörder gefordert wurde. Das hat - und darüber sind alle froh - aufgehört. 1968 fand in Deutschland kein Taximord statt. 1967 waren es nur drei und diese drei Fahrer könnten noch unter uns sein, hätten sie die Trennscheibe in ihrem Wagen überhaupt oder geschlossen gehabt.

In der letzten Zeit kehrten sich die Proteste von Fahrern und auch von Fahrgästen gegen die Scheibe und zugleich auch gegen den Bundesverkehrsminister. Dabei kann Georg Leber auf folgendes hinweisen: Die Trennwandverordnung wurde

- * von seinem Vorgänger Seebach erlassen,
- * ist bereits ab 1954 ausdrücklich von den Organisationen der Taxiunternehmer und -arbeitnehmer gefordert,
- * von Bundestag und Bundesrat beschlossen und gebilligt.

In Mittelpunkt der Politik hat der Mensch zu stehen. Die Bundesregierung hat das Leben der Bürger zu schützen. Mit der Trennwand ist auch die Sicherheit für die Fahrer gekommen. Die Mordserien haben aufgehört.

Wenn jetzt gegen die Scheibe argumentiert wird, sie bringe neue Unsicherheit - vor allem für die Fahrgäste -, so muß abgewogen werden.

Inwieweit Verletzungsgefahren bei Taxiunfällen gegenüber dem Schutz des Lebens der Fahrer vor Mördern aufgewogen werden können. Zugegeben, die Trennwand ist unbequem. Für Leber und die Experten in seinem Ministerium stellt sich aber die Frage: Was ist adäquat?

So kommt es nicht von ungefähr, daß alle Betroffenen vom Verkehrsminister zu einem Gespräch über die mit der Trennscheibe gemachten Erfahrungen nach Bonn gebeten wurden.

Dabei konnte nicht erwartet werden, daß der Minister den Standpunkt seines Hauses revidiert, ohne einen gleichwertigen Schutz für die Fahrer zu haben. Auch die Gewerkschaft ÖTV appellierte an die Unternehmer und die Regierung, der Trennwand weiterhin den Vorrang zu belassen.

Alle wollen jedoch die gesamte Problematik nochmals überdenken. Die wesentlichsten Fragen werden dabei sein:

- * 1. Bleibt es bei der Verordnung in der bisherigen Form?
- * 2. Wird die Verordnung in eine "Kann"-Vorschrift umgewandelt?
- * 3. Welche gleichwertigen Schutzmittel gibt es, wenn die Trennscheibe abgeschafft wird?
- * 4. Kann in Deutschland ein Spezialtaxi entwickelt werden; etwa nach englischen Beispiel?

Solange kein besserer Schutz für das Leben von Taxifahrern gegeben ist, werden wohl weder Georg Leber, noch Bundeslag und Bundesrat bereit sein, eine bewährte Einrichtung ersatzlos zu streichen.

Die Taxiverbände wollen nachdenken und Vorschläge erarbeiten. In Kürze trifft man sich wieder. Vorerst werden wir weiter mit der Trennscheibe leben.

Hauptursachen sozialer Unruhen

Jeder zweite Spanier hat zwei oder mehr Jobs

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

Jeder zweite der neun Millionen spanischen Arbeitnehmer muß täglich zwei oder mehr Beschäftigungen nachgehen, um genügend für den Unterhalt seiner Familie zu verdienen. Der gesetzliche Mindest-Tageslohn von sechs Mark reicht nicht aus. Die Folge: Erschöpfung, Arbeitsunlust, soziale Unruhen und empfindliche Qualitätsmängel in der Produktion.

An der Schwelle des Zweiten Spanischen Entwicklungsplanes empfiehlt die dem katholischen Laienorden "Opus Dei" nahestehende Madrider Blatt "Nuevo Diario" eine Pferdekur für die spanische Wirtschaft, die noch immer einer verstaubten Unternehmer-Idologie aus der Feudalherren-Zeit anhängt. Jeder Arbeitsplatz müsse genügend entlohnt werden, um seinem Inhaber ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten, der Mensch müsse in den Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens gerückt werden. Die Forderungen der katholischen Soziallehre werden in Spanien mit Beifall bedacht. Überherzig werden sie kaum in einer Gesellschaft, in der jeder Unternehmer legitim darauf bedacht ist, auf Kosten der Qualität seiner Erzeugnisse die Arbeitnehmer möglichst schlecht zu entlohnen, dafür aber unverhältnismäßig hohe Gewinne einzustreichen. Soziales Gewissen ist noch Mangelware, wirtschaftskonformes Denken erst recht.

Wie krank Spaniens Wirtschaft innerlich ist, enthüllten die Parlamentsdebatten um den Zweiten Entwicklungsplan. Dabei stellte sich heraus, daß 57 Prozent der spanischen Arbeitnehmer mehreren Beschäftigungen nachgehen. Besonders im Angestelltenmilieu, aber auch im Dienstleistungsgewerbe und bei manuellen Anlernberufen ist der Prozentsatz der Vielfachbeschäftigung erschreckend hoch. Wie eine Studie der Stiftung für angewandte Sozialwissenschaft zeigt, ist diese Mehrfachbeschäftigung ("pluriempleo") in Wirklichkeit eine verdeckte Arbeitslosigkeit: von allen Mehrfachbeschäftigten arbeiten 43 Prozent weniger als acht Stunden pro Tag, 39 Prozent zwischen acht und neun Stunden, 18 Prozent zehn Stunden und länger. Die verdeckte Arbeitslosigkeit ist auch der schlechten Organisation der Unternehmen und der Rationalisierung anzulasten, die nicht immer vernünftig geplant wird.

Die Folgen der Vielfachbeschäftigung, des "pluriempleo":

- * Lange Anfahrtszeiten der Arbeitnehmer und Leerlauf in den Betrie-
- * ben, Mangel an Arbeitsplätzen, da bei einer Abschaffung der Vielfach-
- * beschäftigung mehr offene Stellen vorhanden sein würden; Ausdeh-
- * nung der Arbeitszeiten bis zur Erschöpfung der Arbeitnehmer, denen
- * eine Vollbeschäftigung an einer einzigen Stelle nur bei ausreichenden
- * Entlohnung zugemutet werden kann, sowie ungewöhnliche Häufig-
- * keit von Betriebsunfällen (fast jeder zehnte Arbeitnehmer erleidet
- * jährlich einen Arbeitsunfall).

Das System der Vielfachbeschäftigung, ein spanisches Erköbel, erweist sich bei zunehmender Industrialisierung als ein echter Stolperstein auf dem Weg zum wirtschaftlichen Aufschwung. Für diesen unbefriedigenden Zustand macht "Nuevo Diario" den Staat verantwortlich: "Sowohl die Kontrolle einer gerechten und ausreichenden Entlohnung wie das Verbot der Anhäufung von Arbeitsstellen durch Einzelpersonen liegt in der Hand des Staates", der mit Polizeieinsätzen auch einem Textilbetrieb in Sevilla half, als sich die Arbeiter weigerten, die Stechuhren bei Schichtbeginn und -ende zu bedienen.

Die Kehrseite der Medaille: Wenn beispielsweise die unproduktiven Kosten der Hausmeister und Nachtwächter verschwinden, die Tausenden von Spaniern den Vorteil eines Haupt- oder Zusatzeinkommens bieten, kann der Arbeitsmarkt in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit längst nicht Angebot und Nachfrage ausgleichen. Schlimmer wird es, wenn in vorhersehbarer Zukunft in den Industrieländern nördlich der Pyrenäen der Gastarbeiterbedarf sinkt oder sich nur noch auf ausgesprochene Spezialisten beschränkt. "Wenn die halbe Million spanischer Gastarbeiter auf einmal aus dem Ausland zurückkehrte, hätten wir morgen die Katastrophe," unkte nicht ohne Grund der Leiter des spanischen Auswandereramtes, Miguel Garcia de Saez. Ohne gründliche Strukturreformen läßt sich das Dilemma der Vielfachbeschäftigung nicht beseitigen. Der Staat kann dabei Hilfestellung gewähren, die Initiative liegt allein bei den Unternehmern, die in ihrer Mehrzahl von zeitgemäßen Management wenig verstehen. Mit der Abschaffung der Vielfachbeschäftigung ließe sich dank einer erheblichen Qualitätsverbesserung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft beträchtlich anheben, was angesichts der spanischen EWG-Anschlußwünsche schon zwingend notwendig ist.